tikel, der den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fordert, findet man kein Wort über die drohende Kriegsgefahr. Einige Phrasen von Zusammenarbeit, dann der patriotische Hinweis, daß die Vertreter des Saargebiets und Danzigs auf den Tagungen des Völkerbundes doch von den deutschen Vertretern unterstützt werden müßten. Dabei wissen die Burschen ganz genau, und in der „Dresdner Volkszeitung" sitzen sogenannte „Linke", daß der Völkerbund nur eine Organisation gegen Rußland und zum neuen Kriege ist. Deswegen Hetze gegen Rußland. Ist der Völkerbund auch kein Instrument des Friedens, sondern des Krieges, dann kann er doch wenigstens ein wenig zur Hebung des nationalen Prestiges tun. Darum verlangt man „Los von Moskau". Darum schreibt man gegen den Botschafter in Rußland:

„Brockdorff-Rantzau schwört auf die Freundschaft Sowjetrußlands, betrachtet die deutsche auswärtige Politik nur von seiner Moskauer Perspektive aus und ist der Ansicht, daß Deutschland nichts tun dürfe, was in Rußland nicht gern gesehen würde. Offenbar hat es für ihn, dem Herrn vom Adel, einen besonderen Reiz, daß die Bolschewisten mit ihm verkehren, so daß er den Blick für die europäische Stellung Deutschlands ganz verloren hat."

Das ist übelster Patriotismus, gewürzt mit kindischen Redensarten. Aber die SPD.-Führer, auch die „linken" können nur sehen mit dem Blicke des kleinen Spießers. Es langt nicht bis zum Blick für die Interessen der Arbeiter. Für sie gilt der Staat. Deswegen kommen sie zu der Behauptung, die deutschen Kommunisten sind „Beamte der Sowjetmacht". Daß der Kampf der Kommunisten um die Unantastbarkeit Rußland den Arbeitern Europas dient, wollen oder können sie nicht sehen. Sie sehen immer nur die Interessenvertretung des Landes.

Angesichts der damit verbundenen Kampagne der Sozialdemokraten zum Eintritt in den Völkerbund, der in Wirklichkeit ja nur ein Bund der Kapitalisten ist, erscheint es angebracht, den Wert dieses Bundes besonders zu beleuchten. Wir wollen hier jetzt weniger auf die Bedeutung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eingehen, sondern ein bezeichnendes Ereignis ins Gedächtnis rufen.

Bei der Demaskierung der griechisch-albanischen Grenze wurde der Chef der Kommission Tellini, ein italienischer General mit seinem Stabe ermordet. Die griechische Regierung leitete sofort eine umfassende Untersuchung ein. Die italienische Regierung verlangte aber weitgehende Entschuldigung, einen Gottesdienst für die Opfer, Salutschüsse vor der italienischen Flotte, Erledigung der Untersuchung in fünf Tagen, Todesurteil für die Mörder, 50 Millionen Lire Entschädigung und militärische Ehren bei Ueberführung der Opfer. Die griechische Regierung lehnte diese Forderung ab und appellierte an den Völkerbund. Italien schickte ein Kriegsschiff nach Korfu und erklärte, dem Völkerbund gehe die Sache nichts an. Der Völkerbund bat um mildere Bedingungen.

Lloyd George, ehemals Englands Premierminister, klopfte dem Völkerbund auf die Finger und erklärte: Der Völkerbund hätte überhaupt niemals intervenieren sollen, dann aber hätte er eine Macht gewinnen müssen, die über die notwendigen Streitkräfte verfügen, sich durchzusetzen.

Das bedeutet also, der Völkerbund hat nichts zu sagen, wenn die Großmächte nicht wollen, oder er ist das Instrument des Krieges der Großmächte. So ist auch jetzt die Rolle des Völkerbundes. Er soll die Drapierung abgeben, hinter der versteckt man Rußland zum Angreifer stempelt. Wenn die sächsischen „Linken-Sozialdemokraten" diese Rolle den Arbeitern vorenthalten, so ist das entweder Dummheit oder grenzenloser Betrug.

Die Aufgabe unserer Genossen aber ist es, den Arbeitern diese Zusammenhänge zu zeigen und zu mobilisieren für den

Anschluß an Rußland.

Der Geist des Generalagenten geht im Steuerausschuß um!

Es vergeht keine Sitzung des Steuerausschusses des Reichstags, in der nicht der Geist des allmächtigen Generalagenten der Reparationskommission von der Regierung heraufbeschworen würde. Mister Parker-Gilbert aus USA. ist der „Kinderschreck" des Steuerausschusses geworden.

Als die Kommunisten den Antrag stellten, die Zuckersteuer zu beseitigen, weil sie eine ungeheure Belastung der werktätigen Bevölkerung darstellt, ließ flugs der Herr Regierungsvertreter den Geist des Generalagenten erscheinen. Mit erhobener Hand und strafendem Blick stand Mister Parker-Gilbert oder vielmehr sein zitterer Geist inmitten der „Reichsboten" und sprach: „Ich verbiete" und der Staatssekretär fügte hinzu: „Sie sehen meine Herren, der Generalagent würde nicht verstehen."

Wir beantragten die Abschaffung der Tabaksteuer, die von der Regierung sogar noch um 400 Millionen erhöht werden soll. Herr v. Schlieben, des Deutschen Reiches Finanzminister, Ritter des Johanniter-Ordens („Hie Hohenzollern allewegen"), trat auf, beschwor den Geist Mister Parker-Gilberts und legte den Abgeordneten dar, wie schwere außenpolitische Folgen die Annahme des kommunistischen Antrages hätte, daß zur Sicherung der Zahlungen an die Reparationskommission eine solche Erhöhung von 400 Millionen Steuern unbedingt nötig sei. Der deutschnationale Junker v. Schlieben wurde darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer doch eine Steigerung der deutschen Zahlungen an die Reparationskommission zur Folge haben muß, aber er schlug tapfer-deutschnational diesen Einwand in den Wind und wir sehen den Geist des Generalagenten lächeln. Es war nicht zu sehen, ob mehr Anerkennung für den Eifer des „deutschnationalen" Finanzministers oder Verachtung für die Unterwürfigkeit dieser Regierung in seinem Lächeln lag.

Wir kamen zur Salzsteuer. Sie gehört ja nicht zu den verpfändeten Steuern, deren Ertrag für die Reparationskommission sichergestellt ist. Umsomehr erstaunten wir, als auch bei dieser Gelegenheit der Herr Staatssekretär den Geist des Mister Parker-Gilbert aus der USA. herbeizitierte: „Meine Herren, sehen Sie, der Herr Generalagent würde es nie verstehen . . ." So lange sich die frühere schwarzrotgoldene Regierung im Bauchrutschen vor den Ententeimperialisten übte, höhnten die schwarzweißroten Vaterlandsretter über die hündische Knechtsseele der Erfüllungspolitiker. Seitdem wir aber eine schwarzweißrote Regierung haben mit solchen erprobten Deutschnationalen wie v. Schlieben, Schiele, Neuhaus, treiben sie eine Erfüllungspolitik, die nicht nur das leistet, was die Reparationskommission auf Grund des Londoner Abkommens zu fordern berechtigt ist, sondern weit mehr tut. Die Regierung ist mehr eine Regierung der Ententekapitalisten als des Deutschen Reiches. Sie macht aus dem Obergouverneur der Entente-Kolonie einen Popanz, einen Kinderschrecken, den sie jedesmal zitiert, sobald sie eine neue feindliche Aktion gegen die werktätige Bevölkerung durchführen will. Weit entfernt, die nationale Selbständigkeit Deutschlands zu verteidigen, ist die schwarzweißrote Regierung sehr eifrig, die Abhängigkeit Dawesdeutschlands benützen zu

An die ostsächsische Arbeiterschaft!

Die Kapitalisten aller Länder versuchen, die Lebenslage des internationalen Proletariats noch mehr wie bisher zu verschlechtern. Die ökonomischen Schwierigkeiten werden durch eine Senkung der Preise durch neue ungeheure Verschlechterung des Lebensstandartes der Arbeiter überwunden werden.

In Deutschland führt die Hindenburgregierung ihr Steuerprogramm durch. Die Hungerzölle vergrößern das Elend der deutschen Arbeiterschaft. Die imperialistischen Räuber versuchen mit allen Mitteln den fernen Osten zu unterwerfen, um China und Rußland zur Kolonie der imperialistischen Staaten zu machen. Diesem Vorgehen der kapitalistischen Räuber kann nur Einhalt geboten werden, wenn das gesamte internationale Proletariat sich zusammenschließt, um die Pläne der Imperialisten zuschanden zu machen. Um den Abwehrkampf erfolgreich zu führen, ist es Vorbedingung, die internationale gewerkschaftliche Einheit herzustellen. Aufgabe des deutschen Proletariats ist es, sich mit dem russischen Proletariat zu verbinden. Das ist nur möglich, wenn eine bessere Fühlungnahme der deutschen mit den russischen Arbeitern durchgeführt wird.

In einer Reihe von Großbetrieben Ostsachsens haben die Arbeiter das dringende Bedürfnis, die russischen wirtschaftlichen Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren. Die Belegschaften der russischen Werke haben sich bereit erklärt, deutsche Delegierte der Großbetriebe einzuladen und sie über die Lage des russischen Proletariats aufzuklären. Vier Delegierte sind in Ostsachsen gewählt worden. Der Kollege **Richard Grahl**, Dresden, wurde in einer von 300 Funktionären besuchten Sitzung der Gemeinde- und Staatsarbeiter gewählt, gewerkschaftlich organisiert im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Brand-Erbisdorf, Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen, die Belegschaft der sächsischen Glashüttenwerke und das Glashüttenwerk Poncet, Brand-Erbisdorf, wählten den Kollegen **Wilhelm Graue**, Brand-Erbisdorf. Politisch organisiert bei der SPD., gewerkschaftlich im Glasarbeiterverband.

Die Betriebsversammlung der Firma Universelle, Dresden, wählte den Kollegen **Mohnert**, Betriebsratsvorsitzenden. Politisch organisiert bei der SPD., gewerkschaftlich im DMV.

Die Belegschaft Anton Reiche wählte in einer gutbesuchten Belegschaftsversammlung den Kollegen **Curt Vogelgesang**. Politisch organisiert bei der SPD., gewerkschaftlich im Deutschen Transportarbeiterverband.

Die Belegschaften von Ostsachsen haben sich verpflichtet, die Kosten der Fahrt und die Verpflegung von Dresden nach Leningrad und zurück selbst aufzubringen, außerdem die Unterhaltungskosten der Familien. Die russischen Kollegen kommen für die Verpflegung und sonstige Aufwendungen, wie Fahrgeld, für den Aufenthalt in Rußland selbst auf.

Wir appellieren an die gesamte Arbeiterschaft von Ostsachsen, daß sie einmütig die von uns organisierten Sammlungen tatkräftig unterstützt. Alle parteipolitischen Gegensätze müssen in dieser Frage zurückgestellt werden.

Kollegen! Laßt euch nicht irre machen von dem Geschreibe der „Dresdner Volkszeitung", welche auffordert, die Sammellisten nicht zu zeichnen. Die Interessen des gesamten internationalen Proletariats bedingen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich selbst über die russischen Zustände überzeugt. Da unter den 4 Delegierten zwei Kollegen sich befinden, welche der russischen Sprache mächtig sind, ist es selbstverständlich möglich, sich mit der russischen Arbeiterschaft durch persönliches Verhandeln zu verständigen. Darum, Kollegen, tut eure Pflicht, stellt euch geschlossen hinter die gewählten Delegierten, welche sich verpflichtet haben, objektiven Bericht nach ihrer Rückkehr in allen größeren Industriebezirken zu erstatten. Zeichnet die Sammellisten!

Ausschuß für Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland Ostsachsens

können, um die Ausplünderung der Proletariermassen noch mehr zu steigern. Millionen deutscher Kleinbürger haben den Schwarzweißroten ihre Stimme gegeben. Was werden sie sagen wenn sie erst erkennen müssen, daß ihre wunderbare „nationale" Regierung die gehorsamste Dienerin der französisch-englisch-amerikanischen Machthaber ist? Noch kann diesen Massen die nationale Lüge aufrecht erhalten werden, aber sie muß eines Tages zusammenbrechen — durch ein Strafgericht an den „vaterländischen" Volksbetrügern. Sorgen wir, daß dieser Tag bald komme.

Die SPD. will ein Zollkompromiß mit den Deutschnationalen

Die sozialdemokratischen Führer sind drauf und dran, die Regierung Luther erneut aus einer politischen Schwierigkeit zu retten. Es finden eifrige Verhandlungen zwischen Regierung, Demokraten und Sozialdemokraten statt über die Verabschiedung der Zollvorlagen. Die Regierung versucht, die Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegeneinander auszuspielen. Um dem Druck der Agrarier auszuweichen, soll sich die Luther-Regierung bereit erklärt haben, zunächst nur mit Hilfe der Sozialdemokraten die Industriezölle zu verabschieden. Bei der Stellung der SPD. gegenüber den Industriezöllen ist diese Kombination der Luther-Regierung durchaus begründet. Außerdem ist die SPD. bereit, in der Frage der Agrarzölle nachzugeben, wenn die gebundenen Zölle fallen gelassen werden. Demgegenüber fordern die Agrarier die gemeinsame Behandlung der Agrar- und Industriezölle und die beschleunigte Verabschiedung derselben. Sollte es zu einer Verschleppung der Verabschiedung der Zollvorlagen kommen, dann darf sich die Arbeiterschaft von sozialdemokratischen Versprechungen nicht einschläfern lassen. Die Taktik der SPD. im gegenwärtigen Zollkampfe geht nicht etwa darauf hinaus, die Junker zu schlagen, sondern zu einem Kompromiß mit den Deutschnationalen zu gelangen. Dieses Kompromiß soll die politische Vorbereitung für die Durchführung der Volksgemeinschaft im Reiche sein. Es gilt, der Zolldemagogie der SPD. überall aufs schärfste entgegenzutreten und den Standpunkt der Arbeiterklasse in den breiten Massen wirksam zu verfechten.

Die Junker fürchten das billige russische Getreide

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den in den letzten Tagen von gewissen demokratischen Blättern („8-Uhr-Abendblatt", natürlich nichts „Vorwärts") gemachten Aufklärungen über die Verhandlungen zwischen der Lutherregierung, der SPD. und den Demokraten in Richtung eines Kompromisses in der Zollfrage nimmt die junkerliche „Deutsche Tageszeitung", Organ des Reichslandbundes, heute abend scharf und fordernd Stellung. Das Blatt erklärt, jene Opposition verfolge die Taktik, die Industriezölle zunächst zu erledigen und die Behandlung der Agrarzölle bis zum Herbst zurückzustellen; dies dürfe aber auf keinen Fall erfolgen. **„Erfreulicherweise steht auch die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß eine getrennte Behandlung der Agrarzölle und der Industriezölle auf keinen Fall erfolgen darf."** Das Blatt begründet seinen Schrei an die Regierung nach sofortiger Durchpeitschung der Agrarzölle mit der Furcht der Junker vor der **Getreideeinfuhr aus Sowjetrußland. Die zollfreie Einfuhr von 314 Millionen Tonnen Roggen aus Sowjetrußland würde, so erklärt das Blatt, den größten Teil des zurzeit noch bestehenden Brotgetreidedefizits in Deutschland zollfrei decken können.** Die Junker fürchten also, daß das billige russische Brot für die deutschen Arbeiter den Junkern den Extraprofit in Form des Zolles rauben würde. Im übrigen bestätigt das Blatt also durchaus, daß zwischen Regierung, Demokraten und Sozialdemokraten Verhandlungen schweben, wonach diese sogenannte Opposition zunächst die Industriezölle „erledigen", d. h. annehmen, also die allgemeine Verteuerung aller Produkte akzeptieren und erst im Herbst dann die wichtigsten Sätze des Protokolls verhandeln soll. **Die prinzipielle Zustimmung der SPD. zu den Industriezöllen und ihre prinzipielle Erklärung zu den Agrarzöllen, daß diese notwendig, aber in der vorliegenden Form zu hoch seien, liefen ebenso wie die Haltung der Braunregierung die sozialdemokratische Basis für das gegenwärtig zur Verhandlung stehende Zollkompromiß.**

Die SPD. ermöglicht die Durchpeitschung der Zollvorlage

Hetze gegen die Kommunisten.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bezirksvorstand der SPD. Groß-Berlin erläßt an die Arbeiter Berlins einen Aufruf, der auf die Vorfälle bei den sozialdemokratischen Vollversammlungen Bezug nimmt und von den wüstesten Beschimpfungen der KPD. wimmelt. Es wird behauptet, die KPD., „die Hindenburg zum Siege verholfen und gemeinsam mit den Deutschnationalen die Preußenkrise herbeigeführt hat, scheue sich jetzt nicht, Helfersdienste für Großagrarier und Industriemagnaten zu leisten." Nach dieser Schimpfkanonade wird offiziell erklärt, daß die Vertreter der KPD. in SPD.-Versammlungen nicht mehr das Wort erhalten. Die SPD. hat ein sehr schlechtes Gewissen, wurde doch die gestrige Sitzung des Zolltarifausschusses, in dem die Anträge der Reaktion zu Ende durchgepeitscht wurden, nur durch die Arbeitsfreude der SPD., welche mit 5 Abgeordneten und 15 Ausschußmitgliedern am stärksten vertreten war, **und damit die Erledigung der Zollvorlage ermöglicht.**

Die Zittauer Bauarbeiter im Kampf

Die Bauarbeiter von Zittau und Umgegend nahmen in einer außerordentlich gut besuchten Bauarbeiterversammlung zu den Ergebnissen der Lohnverhandlungen im Baugewerbe Stellung. Nach einem Referat des Genossen Hermann, der den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen erstattete, beschloß die Bauarbeiterversammlung einmütig, in den Streik zu treten. Die Arbeitsniederlegung wurde am 1. Juli auf allen Baustellen mit Ausnahme von Ostritz restlos durchgeführt.

3000 Ziegeleiarbeiter im Kampf

Düsseldorf, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Urabstimmung der gesamten rheinisch-westfälischen Ziegeleiarbeiter hat eine übergroße Mehrheit für den allgemeinen Streik ergeben. Es streiken in 70 Betrieben 3000 Arbeiter. Die Unternehmer drohen mit einer Generalaussperrung.

Die kommunistische Propaganda nimmt zu

(Ausnahmegesetze gegen die KPF.)

Paris, 3. Juli. (Telunion.) Im Senat fand gestern die Interpellation über Marokko statt. Senator Chéron wies darauf hin, **daß die kommunistische Propaganda in Marokko weiter zugenommen habe. Die Kommunisten Doriot und Marty stünden offen im Dienste Abd el Krims.** Nach Chéron ergriff Painlevé das Wort und sagte, es sei eine Verleumdung, daß in einer Schlacht 1600 Mann gefallen seien. Tatsächlich betrügen die gesamten französischen Verluste an Toten seit Beginn des Feldzuges 400 Mann. Frankreich werde nicht versäumen, die Angreifer zurückzutreiben, gleichzeitig aber jede Möglichkeit zur Herbeiführung eines würdevollen Friedens zu ergreifen. Der Friedensschluß werde zu schwierigen Verhandlungen Anlaß geben, bei denen man auf den Sultan von Marokko Rücksicht nehmen müsse, der Frankreich die völkerrechtliche Wahrung seiner Autonomie übertrug, aber auch auf Abd el Krim. **Painlevé erklärte weiter, die Regierung habe Schutzmaßnahmen gegen die Kommunisten ergriffen und Strafanzeigen seien im Gange. Die kommunistische Propaganda sei völlig erfolglos (?). Die Regierung müsse immerhin innerhalb der Grenzen der Rechtmäßigkeit bleiben. In gewissen ottomanischen Gegenden bestehe eine Bewegung, die die 3. Internationale auszunutzen versuche.** Europa versinnbildliche die Zivilisation. **Wenn Europa in Marokko unterliege, so wäre die gesamte Zivilisation gefährdet. Mit Marokko verteidige Frankreich zugleich das gesamte Nordafrika.**